



**Stefan Gänzle,
Allen Sens (Hrsg.):**

*The Changing
Politics of European
Security: Europe
Alone?*

Houndmills/New
York: Palgrave
Macmillan 2007,
242 Seiten, 69,95 \$



**Wolbert K. Smidt
u.a. (Hrsg.):**

*Geheimhaltung
und Transparenz.
Demokratische
Kontrolle der
Geheimdienste
im internationalen
Vergleich.*

Bd. 1. Münster u.a.:
LIT-Verlag 2006,
368 Seiten, 29,90 €

Sicherheit schaffen – aber wie?

Von European Security bis Smart Power:
Sicherheitskonzepte auf dem Prüfstand

Constanze Stelzenmüller | **Fünf Neuerscheinungen diskutieren die Entstehung einer europäischen Sicherheitspolitik, fragen nach Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle der wiedererstarkenden Geheimdienste, loten die Folgen der Privatisierung von Sicherheitsvorsorge aus und prüfen die Tauglichkeit alter und neuer Instrumente der Außenpolitik.**

Europa wird in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht immer, aber immer öfter allein handeln: So lautet die Kernthese des Sammelbands „The Changing Politics of European Security“. Sie wurzelt – das betonen die Autoren nachdrücklich – weder in einem antiamerikanischen Affekt noch in einer romantischen Überschätzung europäischer Stärke. Als Ursache dieses Trends identifizieren sie die langsame Abwendung Amerikas von Europa, die wachsende Bedeutung von „nichtmilitärischen“ Sicherheitsfragen (Organisierte Kriminalität, Terrorismus, Migration, soziale Instabilität), die zunehmende Institutionalisierung der Sicherheitspolitik in der EU und die parallele Auflockerung des atlantischen Verteidigungsbündnisses zu einer Dachorganisation für „Koalitionen der Willigen“. Von einer

europäischen Sicherheitspolitik aber sei die EU noch weit entfernt, warnt Allen Sens. Zu unterschiedlich sei die Einstellung der Europäer zu Kooperation bei der Planung oder der Rüstungsindustrie, zu weit auseinander lägen die Interessen und Werte.

Mehr als eine gute Einführung ins Thema leistet der schmale Band aber nicht, dafür beschränkt er sich allzu sehr auf Bündnisse und Institutionen. Wirklich interessant wäre eine Darstellung, die versucht, die vielen neuen (Energie, Migration) und neu-alten (Territorialschutz in Zeiten des Terrorismus) Themen europäischer Sicherheitspolitik mit einzubeziehen. Vielleicht könnte man ja dann auch ein paar neu-europäische Autoren zu Wort kommen lassen?

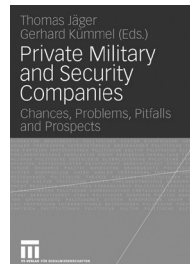
Das aufziehende 21. Jahrhundert erlebt eine Renaissance der Geheim-

dienste. Das liegt zum einen an der wachsenden Bedeutung von Prävention und Risikomanagement im Zusammenhang mit nichtmilitärischen und zunehmend entstaatlichten Gefahren; und zum anderen an der Erkenntnis, dass die raffiniertesten Methoden der technischen Datensammlung wenig wert sind, wenn die so gewonnenen Informationen von Menschen nicht richtig interpretiert werden (wie zuletzt im Irak-Krieg). Es ist ein Paradoxon der offenen, freiheitlichen Demokratie, dass die „Dienste“ zum Arsenal der staatlichen Selbstverteidigung gehören – aber den Staat auch untergraben können, wenn sie nicht hinreichend kontrolliert werden. Wie dieser Grundwiderspruch aufzulösen ist, untersucht der Sammelband „Geheimhaltung und Transparenz. Demokratische Kontrolle der Geheimdienste im internationalen Vergleich“ an den Beispielen Europa, USA und Israel. Dass die Autoren überwiegend erfahrene Praktiker sind, verleiht den Texten eine erfreuliche Unaufgeregtheit, ist aber auch eine Schwäche: Hier pflegen die Technokraten das Zwiegespräch. Höchste Zeit, dass auch hierzulande Politologen, Historiker und Soziologen sich dieses Themas auf ähnlich hohem Niveau annehmen, wie das in den USA und Großbritannien schon lange geschieht.

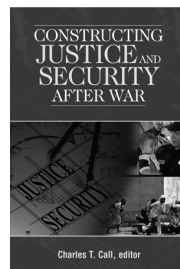
Die Privatisierung der Sicherheit – und mit ihr die Rückkehr der Privatarmeen – ist eine Folge der Entstaatlichung von Risiko und Krieg; insofern haben die Herausgeber der Anthologie „Private Military and Security Companies“ Recht, wenn sie hier einen langfristig andauernden Trend diagnostizieren. Humanitären Helfern, Soldaten und Journalisten sind

diese modernen Söldnertrupps spätestens seit den Balkan-Kriegen der neunziger Jahre als zunehmend präsente und fast immer höchst zwiespältige Begleiterscheinung ihrer Arbeit geläufig. Die Autoren, in der Mehrzahl Wissenschaftler, aber auch Praktiker, geben einen breit gefächerten Überblick über das Thema, von der historischen Entwicklung über Fallstudien und die Ökonomie der privaten Sicherheitsvorsorge bis hin zu einer umfassenden Analyse der damit verbundenen juristischen Fragen. Die Beiträge sind von sehr durchwachsenem Niveau; aber für Experten bergen sie viel Zündstoff. Man muss ihn nur suchen.

Das Ende des Kalten Krieges hat der Welt bekanntlich entgegen einer seinerzeit populären Prophezeiung weder den Ewigen Frieden noch das Ende der Geschichte gebracht; stattdessen läutete es viele blutige neue Kriege ein. Die Optimisten verlegten sich alsbald auf die Hoffnung, es sei möglich, Zyklen der Gewalt durch den tätigen Wiederaufbau von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit zu durchbrechen. Neun Fallstudien aus Lateinamerika, Afrika und dem Balkan (herausgegeben in einem Band des liberalen Washingtoner Think-Tanks U.S. Institute of Peace) überprüfen diese These auf ihre Haltbarkeit. Ihre Antwort lautet: „ja, aber“. Ja, weil in El Salvador, Ruanda, Südafrika oder dem Kosovo tatsächlich Institutionen geschaffen wurden, die dazu beigetragen haben, geschundenen Gesellschaften zu mehr Recht zu verhelfen. Nein, weil die bittere Erkenntnis damit verbunden war, dass Kulturen schwerer zu ändern sind als Institutionen und Recht allein noch keinen dauerhaften



Thomas Jäger, Gerhard Kümmel (Hrsg.):
Private Military and Security Companies: Chances, Problems, Pitfalls and Prospects.
Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2007,
502 Seiten, 59,90 €



Charles T. Call (Hrsg.):
Constructing Justice and Security After War. Washington D.C.: United States Institute of Peace Press 2007,
432 Seiten, 50,00 \$



**Chester A. Crocker
u.a. (Hrsg.):**

*Leashing the Dogs
of War. Conflict
Management in a
Divided World.*
Washington, D.C.:
United States
Institute of Peace
Press 2007,
767 Seiten, 45,00 \$

Frieden bringt. Und doch geben alle diese Fälle Anlass zu Hoffnung, schreibt der Herausgeber Charles T. Call: weil die von (allzuoft ebenso naiven wie überheblichen) internationalen Helfern angeschobenen Transformationsprozesse tatsächlich Reformen bewirkt haben, die nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Die 37 Autoren des Essaybands „Leashing the Dogs of War“ schließlich (darunter die meisten bekannten Köpfe der internationalen Konfliktforschung) sind keineswegs Radikalpazifisten. Das militärische Instrument gehört für sie zum Werkzeugkasten der Außenpolitik, und das

nicht nur zum Zweck der Abschreckung. Ihr Thema ist vielmehr, wie die einmal entfesselte Gewalt – die „dogs of war“ des Titels – wieder unter Kontrolle zu bringen ist. Das Rezept der Herausgeber: „Smart Power“ oder das Zusammenwirken von Diplomatie, Konfliktmanagement und militärischen Mitteln, was man getrost als Kritik an der US-Außenpolitik der vergangenen sechseinhalb Jahre verstehen darf.

Dr. Constanze Stelzenmüller, geb. 1962, leitet seit Juli 2005 das Berliner Büro des German Marshall Fund of the United States. Zuvor war sie im innenpolitischen Ressort der ZEIT für Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuständig.

Globaler Gefahrenraum

Ulrich Beck blättert im Problemkatalog der Weltrisikogesellschaft

Gunter Hofmann | **Wenn uns die großen Risiken der Moderne alle tangieren, wird die „Einbeziehung der Anderen zur Realität und zur Maxime“: Das neueste Werk des ärmelaufkrimpelnden Professors aus Schwabing ist ein Plädoyer für den kosmopolitischen Blick.**

Ziel seines Buches sei es, schreibt Ulrich Beck, Szenen aus dem „unbekannten Bedeutungskosmos“ der Weltrisikogesellschaft, deren Wirren, Widersprüche, Symbole, Ambivalenzen, Ängste, Ironien und versteckte Hoffnungen begreifbar zu machen oder zu verstehen.

Bescheiden ist der Anspruch nicht. Dieser Gestus hat dem Soziologen, seit er 1986 mit seiner „Risikogesellschaft“ den großen Durchbruch erzielte und eine Forschungslawine aus-

löste, zunehmend auch Kritik eingebracht. So wie 1986 die Katastrophe in Tschernobyl seinen Befund in der „Risikogesellschaft“ unterstrich, so ist es aus seiner Sicht im Jahr 2007 besonders die Einsicht in die „Nebenfolgen“ des Wachstumsdenkens und Ressourcenverschleißes, die zur weltweiten Temperaturveränderung führen und uns in einen „gemeinsamen globalen Gefahrenraum – ohne Ausgang“ geführt haben. Wenn Beck sagt, ihm erscheine die Welt des Jahres 1986

geradezu als „idyllisch“, so leuchtet das spontan ein. Terror, asymmetrische Kriege, Irak-Krieg und Folgen, das Ozonloch, die Biomedizin – dass sich aus derlei Heterogenem der pauschale Eindruck von globalen Risiken und drohenden Katastrophen ergibt, liegt nahe. Ihr „1986“ hätten die Vereinigten Staaten am 11. September 2001 erlebt, „in der Fremdheit der Weltrisikogesellschaft“ seien die Amerikaner aufgewacht.

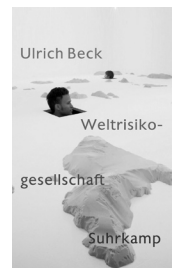
Besonders hilfreich ist Becks Ansatz, weil er Differenzen und unterschiedliche Risikokulturen nicht ein ebnet. Den Amerikanern schreibt er ins Stammbuch, die Twin-Tower-Attentäter seien nicht (nur) Massenmörder. Ihr Ziel sei es gewesen, das „Selbstvertrauen der Moderne zu zerstören“ – offenbar ziemlich erfolgreich. Europa wiederum, „verliebt in sein pazifistisches Weltbild“, müsse begreifen, dass die islamistischen Terroristen nicht antiamerikanisch agieren, sondern „antiwestlich, antieuropäisch, antikosmopolitisch“. Kein schlechter Rat.

Wenn uns die großen Risiken der Moderne alle tangieren, argumentiert Beck, werde die „Einbeziehung der Anderen zur Realität und zur Maxime“. Für ihn ist das der kosmopolitische Blick. Ein Kosmopolitismus, der sich unterscheidet von Nationalismus, Multikulturalismus oder Universalismus. Gerade als Journalist kann man das unterschreiben. So werde die weltweite Migration verteufelt, obwohl sie längst eine entscheidende Quelle privater Entwicklungshilfe und Armutsbekämpfung geworden ist.

Dennoch: Auch das Handicap dieses „Perspektivwechsels“ in Richtung Weltrisiko ist unübersehbar. Denn

zwangsläufig werden die Strukturmerkmale noch abstrakter, der gemeinsame Nenner entrückt nur zu rasch ins Unverbindliche. Nun kann man zwar mit Beck folgern, „dass die Ära der freien Marktideologie eine welkende Erinnerung ist“. Es entstünden transnationale Risikogemeinschaften, oder zumindest – setzt er vorsichtig nach – seien Positionen denkbar, die eine „andere Moderne“ anstreben. So bilde sich langsam ein weltöffentlicher Diskurs, wenn nicht gar Ansätze einer Global Governance.

Aber – je abstrakter die Formeln für das Verbindende im globalen Dorf, das „Antizipieren“ von „Katastrophen“, die intendierten und nicht intendierten „Nebenfolgen“, desto schwieriger die Übersetzungsarbeit. Schon der Terrorismus ist nicht eine „Nebenfolge“ der radikalen Modernisierung, oder allenfalls am Rande, und das „aktive Gegenhandeln“ sieht in der Frage nun einmal vollkommen anders aus als jenes auf fragilen Finanzmärkten oder bei den potenziellen Risiken des enormen amerikanischen Handelsbilanzdefizits. Ähnliches ließe sich sagen von den wahrscheinlichen Auswirkungen, die der Aufstieg Chinas, Asiens insgesamt, auch Indiens oder Brasiliens, oder der internationale Unterbietungswettbewerb, was Arbeits- und Produktionskosten angeht, auf die gesamte Weltordnung haben werden. Vom Zentralproblem im Weltrisikokatalog, dem Klima, ganz abgesehen. Seine konkretesten Vorstellungen von einer „normativen“ Antwort – die ja dringlich ist – entdeckt Ulrich Beck in Europa. Europa hat tatsächlich Modellcharakter – aber dem hat er längst ein eigenes Buch gewidmet,



Ulrich Beck:
Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit.
Frankfurt a.M.:
Suhrkamp 2007,
439 Seiten, 19.80 €

während Europa in der „Weltrisikogesellschaft“ nur ein Passant aufscheint. Hängt das auch damit zusammen, dass es so unendlich schwer erscheint, dieses Modell zu verlängern und sich eine „Europäisierung“ der Weltgesellschaft zu denken?

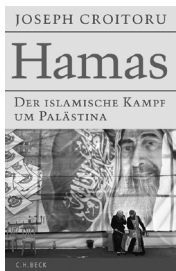
Seinen Anspruch also, den „unbekannten Bedeutungskosmos“ begreifbarer zu machen, löst er ganz gewiss glänzend ein. Ganz sicher ist man sich aber nicht, ob die fruchtbare Kategorie Becks heute so weit trägt wie zweifellos seit 1986. Nicht zufällig hat er ihr, gleichsam komplementär, dieses Wort vom Kosmopolitismus zur Seite

gestellt. Die „Weltrisikogesellschaft“ öffnet sozusagen im Nachhinein die Augen, der Klimaschock gibt dem Recht, aber der Problemalltag in den verschiedensten Risikoarenen verlangt bereits sehr konkrete, politische, mutige, ja radikale zweite und dritte Schritte. Aber schon klar: Mit solchen Rückfragen rennt man, das ist die Paradoxie, gerade wieder bei dem ärmelaufkrempehenden Professor in Schwabing sperrangelweit offene Türen ein.

Dr. Gunter Hofmann, geb. 1942, ist Chefkorrespondent der ZEIT in Berlin.

Pyrrhussiege für Palästina

Die Hamas: Erfolgsgeschichte mit dunklen Schatten



Joseph Croitoru:
Hamas. Der islamische Kampf um Palästina.
München: C.H. Beck Verlag 2007, 256 Seiten, 19,90 €

Thomas Speckmann | **Von ihren Anfängen als religiöse Splittergruppe bis zur Regierungspartei hat die Hamas einen weiten Weg zurückgelegt. Doch die militärische und politische Erfolgsbilanz der Hamas kennt nicht nur Sieger. Zu den Verlierern zählen ausgerechnet die, um deren Interessen es vorgebildet geht: die palästinensische Zivilbevölkerung.**

Bisher hat sie alles richtig gemacht, zumindest aus eigener Sicht. Mit ihrem überwältigenden Sieg bei den palästinensischen Parlamentswahlen Anfang 2006 ist der radikalislamische Hamas der Sprung an die Macht gelungen. Doch der Weg dorthin war lang. Wie lang, beschreibt Joseph Croitoru in seiner nicht nur überaus lesenswerten, sondern auch angenehm lesbaren Darstellung der Hamas-Geschichte. Croitoru, der für das Feuilleton der *Frankfurter Allgemeine*

Zeitung schreibt und bereits 2003 eine viel beachtete historische Studie zum Phänomen des Selbstmordattentats vorgelegt hat, bescheinigt der Hamas ein strategisch kluges und erfolgreiches Vorgehen.

Entstanden als Zweig der ägyptischen Muslimbrüder in Palästina, hat sich die Hamas als religiöse Alternative zur säkularen PLO behauptet. In der Opposition wie in der Regierung gibt sich die Hamas abseits der Terroranschläge zwar immer auch politisch

pragmatisch. Ihr Ziel aber bleibt die Rückeroberung des gesamten Gebiets des historischen Palästina und die Gründung eines islamischen palästinensischen Staates. Ihr Netz von sozialen und Erziehungseinrichtungen dient daher nicht nur wohlthätigen Zwecken, sondern auch der ideologischen Unterfütterung des gegen Israel geführten Dschihad. Israel seinerseits sieht in der Hamas vor allem eine Terrororganisation und schlägt mit aller Härte zurück – allerdings mit nur begrenztem Erfolg.

Denn die Hamas kann darauf verweisen, dass die Einführung jener Waffe, gegen die die Israelis mit ihren Luft- und Bodenoffensiven im Gaza-Streifen bislang nicht viel ausrichten konnten, auf ihr Konto geht: die Kurzstreckenrakete, die – wenn auch mittlerweile von verschiedenen Organisationen unter unterschiedlichen Bezeichnungen eingesetzt – als „Qassam-Rakete“ in der ganzen Welt verbreitet ist. Während inzwischen beinahe sämtliche Selbstmordattentatsversuche im israelischen Kernland vom Militär vereitelt werden, stellen die Raketen mit ihrer wachsenden Reichweite und Zerstörungskraft für Israel eine immer größere Bedrohung dar. Sie sind zur wichtigsten Offensivwaffe der militanten Palästinensergruppen geworden.

Zu Recht weist Croitoru auf eine folgenschwere Entwicklung hin: Auf längere Sicht scheint es eines der Ziele der Hamas wie der anderen palästinensischen Kampforganisationen zu sein, die Schlagkraft jener Raketen zu erreichen, mit denen die Hisbollah im Libanon-Krieg 2006 den Norden Israels in bislang ungeahntem Ausmaß terrorisiert hat. Ebenso dürfte sich die Hamas, die kontinuierlich weiter aufrüstet, den höchst effizienten Panzerabwehrkampf der Hisbollah gegen die israelischen Bodentruppen zum Vorbild nehmen.

Doch was die Hamas als gut für sich selbst ansieht, muss noch lange nicht gut für die Palästinenser sein. Denn außenpolitisch haben die Bildung der Hamas-Regierung und die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes gegen Israel dazu geführt, dass die palästinensische Autonomiebehörde nicht mehr nur von Israel und den Vereinigten Staaten, sondern auch von der Europäischen Union boykottiert wird. Leidtragende ist die palästinensische Zivilbevölkerung.

Dr. Thomas Speckmann, geb. 1974, Historiker und Politikwissenschaftler, ist Referent in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter am Seminar für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.